



Foto: ddp

CDU regiert in Mecklenburg-Vorpommern

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung in Mecklenburg-Vorpommern in einer großen Koalition beendet die CDU die bundesweit erste rot-rote Koalition.

Vor der Vereidigung des Kabinetts hatten sich SPD und CDU in einem Koalitionsvertrag, der von einem

CDU-Sonderparteitag mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde, auf einen strikten Sparkurs für die nächsten Jahre verständigt. Um Kosten zu sparen und effizienter arbeiten zu können, seien einige Neuerungen vereinbart worden, erklärte der Landesvorsitzende Jürgen Seidel bei ►

INHALT

Solidarität mit Weißrussland:
Generalsekretär Pofalla eröffnet Minsker Forum

Seite 3-4

Volker Kauder:
Große Koalition bringt Deutschland voran

Seite 6-7

HEUTE AKTUELL

■ „Unser Ziel: Ausgeglichene Haushalte“ (S. 5) ■ Januar 2007 – UiD-Newsletter geht online! (S. 8) ■ Ronald Pofalla: EU-Kommissionsbericht zur Türkei – kein Fortschritt, sondern Rückschritt (S. 9) ■ Senioren Union: Otto Wulff wiedergewählt (S. 10) ■ Hessen: Für ein schlankes Europa (S. 11) ■ P. Bleser, J. Klöckner: Handlungsbedarf bei Roaming-Gebühren (S. 12) ■ I. Aigner, A. E. Fischer: Effizienter Klimaschutz nur auf Grundlage von Forschungsergebnissen möglich (S. 12-13) ■ K. Reiche: Klimaschutz weltweit konsequent vorantreiben (S. 13-14) ■ P. Götz, H.-P. Friedrich: Kommunen entlastet – unionsgeführte Bundesregierung hält Wort (S. 14) ■ M. Kretschmer: Aufbau Ost große patriotische Leistung (S. 15) ■ K. Riegert: Sport muss auch zukünftig Einsicht in „Birthler-Akten“ haben (S. 15)

► der Vorstellung des Koalitionsvertrages. Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit sind demnach die Haushaltskonsolidierung, neue Anreize für den Arbeitsmarkt, eine stärkere Verzahnung im Bildungsbereich sowie eine qualitative Verbesserung der Infrastruktur. Das neue Kabinett wird auf acht Posten verkleinert. Das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, dem der Landesvorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident Jürgen Seidel vorstehen wird, durch den Bereich Tourismus erweitert.

Beide Koalitionspartner bekräftigten das Ziel, ab 2009 keine neuen Schulden mehr aufnehmen zu wollen. Jürgen Seidel erklärte, neue Arbeitsplätze sollten insbesondere durch eine stärkere Mittelstandsförderung entstehen werden. Bei der Förderpolitik solle künftig mehr Geld direkt in die Wirtschaft fließen und dafür der öffentliche Beschäftigungssektor beschränkt werden. EU-Richtlinien zum Umwelt- und Na-

turschutz sollen zum Vorteil der wirtschaftlichen Entwicklungschancen nur noch im unumgänglichen Umfang umgesetzt werden. Jürgen Seidel äußerte die Hoffnung, mit den geplanten Maßnahmen auch der Abwanderung aus dem Bundesland begegnen zu können.

CDU-Minister im neuen Kabinett

Jeder Koalitionspartner erhält vier Ministerien. Neben dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus erhält die CDU das Innen- sowie das Justizministerium und das Ressort für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Das Innenressort übernimmt der ehemalige parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Lorenz Caffier. Das Justizressort wird von der stellvertretenden Oberbürgermeisterin von Greifswald, Uta Maria Kuder, das Bildungsministerium von dem Neustrelitzer Schuldirektor Henry Tesch geleitet.

IMPRESSUM

UD

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 2, 10785 Berlin, Telefon 030-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 022 26-8 02-0, Telefax 022 26-8 02-111-3 33. Vertrieb: Telefon 022 26-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Solidarität mit Opposition in Weißrussland

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte findet sich in Weißrussland nur auf dem Papier.

Davon überzeugte sich Ronald Pofalla vor Ort als er zum zweiten Mal in diesem Jahr nach Minsk reiste, um das „9. Minsker-Forum“ zu eröffnen. Die Teilnahme an der international hochkarätigen Konferenz, habe ihn in seinem Eindruck bestärkt, dass es das Ziel der Lukaschenko-Diktatur sei, die Opposition im Land zu zerschlagen. Dies wurde auch in Gesprächen mit dem Sacharow-Preisträger und Präsidentschaftskandidaten Alexander Milinkewitsch und der Ehefrau des sich in Hungerstreik befindlichen und inhaftierten ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Kosulin erneut deutlich, erklärte der Generalsekretär der CDU Deutschlands.

Nach seiner Rückkehr rief Generalsekretär Pofalla alle Medien, die Kirchen und die Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland auf, der Menschenrechtssituation in Weißrussland, einem Staat in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU, mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Als Beispiel für die erschreckende Situation nannte Ronald Pofalla fünf



Generalsekretär Ronald Pofalla eröffnet das Minsker Forum

Beispiele:

- Weder die Frau des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Kosulin hat Zugang zu ihrem seit dem 20. Oktober im Hungerstreik befindlichen Mann, noch der Anwalt. Sie erhalten allenfalls über den Gefängnisleiter hin und wieder Informationen.
- Die Arbeiter, die sich in den vergangenen Monaten für die Opposition eingesetzt haben, stellen heute „eine Armee aus Arbeitslosen“ dar. Sie wurden wegen ihrer politischen Haltung entlassen.
- Die Studenten, die sich in den vergangenen Monaten für die Opposition eingesetzt haben, wurden exmatikuliert. Mit Hilfe des Westens wird nun versucht, ihnen eine Perspektive im Ausland zu geben.
- Unabhängige Journalisten werden systematisch in ihrer Arbeit behindert. Die Anzahl der unabhängigen Zeitungen schrumpfte von ehemals über 500 auf nunmehr ca. 120.
- Die Einreise nach Weißrussland ist schwieriger geworden: Anlässlich des Minsk-Forums wurde mehreren deutschen Journalisten das Visum verweigert. Ebenso den Abgeordneten des Deutschen Bundestages Georg Schirmbeck von der CDU und Marie-Luise Beck von den Grünen.

In dem Eröffnungsvortrag des „Minsker Forums“ zum Thema „Grundsätze christdemokratischer Politik im 21. Jahrhundert“ benannte Ronald Pofalla, das Ziel seiner Bemühungen: „Meine Partei, die CDU Deutschlands, und ich wünschen uns Belarus als einen stabilen, demokratischen und rechts-

staatlich verfassten Partner in Europa, der die Menschenrechte achtet und wirtschaftlich floriert.“ Das ganze demokratische Spektrum der politischen Parteien in Weißrussland solle am Aufbau demokratischer Strukturen teilhaben können. Auch deshalb habe sich die CDU dafür eingesetzt, dass die Belarussische Volksfront und die Vereinigte Bürgerpartei einen Beobachterstatus in der EVP erhalten – was seit Juni diesen Jahres der Fall sei.

In diesem Zusammenhang erinnerte der CDU-Generalsekretär daran, dass christdemokratische Politik den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stelle: „Für uns bedingen sich die freie Entfaltung der Person und der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Uns leitet das christliche Menschenbild und unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.“ Diese christdemokratische Identität, dieser Anspruch mache nicht an Landsgrenzen halt. Vielmehr

leite sie auch christdemokratische Außenpolitik, so Ronald Pofalla.

Das „Minsk-Forum“ dient dem Dialog zwischen Politikern, Experten und Nichtregierungsorganisationen aus Weißrussland, Deutschland und ihren Nachbarstaaten. Gegenstand des Forums sind Fragen der Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft und Gesellschaft von Weißrussland sowie der deutsch-weißrussischen Beziehungen im gesamteuropäischen Kontext.

SACHAROW-PREIS AN ALEXANDER MILINKEWITSCH VERLIEHEN

Der „Sacharow-Preis für Geistige Freiheit“ des Europäischen Parlaments geht in diesem Jahr an Alexander Milinkewitsch, den Führer der Opposition in Weißrussland und früheren weißrussischen Präsidentschaftskandidaten.

Die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments entschied, Milinkewitsch für seinen gewaltlosen und mutigen Widerstand gegenüber der totalitären Regierung Weißrusslands zu würdigen. Der Vorschlag zu Milinkewitschs Nominierung ging von der EVP-ED-Fraktion im Europäischen

Parlament aus. Der Vorsitzende der Fraktion, Hans-Gert Pöttering, zeigte sich sehr zufrieden: „Unsere Fraktion ist stolz, dass, aus einer prominenten Reihe von Kandidaten, von denen alle Anerkennung ver-

dienen, unser Kandidat die größte Unterstützung für die Auszeichnung erhalten hat. Alexander Milinkewitsch ist nicht allein der Führer der demokratischen Opposition in Weißrussland. Er ist das Gesicht der Opposition in der letzten Diktatur in Europa. Seit langem ist er ein Verfechter der Demokratie und ein mutiger



Alexander Milinkewitsch & Hans-Gert Pöttering

Mann, der bereit ist, die Gefahren, die mit seinem Engagement verbunden sind, auf sich zu nehmen.

Der Preis, den das Europäische Parlament seit 1988 vergibt und mit dem bereits Nelson Mandela und Kofi Annan auszeichnet wurde, soll am 13. Dezember in Straßburg verliehen werden.

„Unser Ziel: Ausgeglichene Haushalte“

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, hat die Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen abgelehnt.

„Mit mir wird es keinen flächendeckenden einheitlichen Mindestlohn geben“, erklärte die Bundeskanzlerin auf dem Deutschen Arbeitgeberstag in Berlin. „Diese Diskussion können wir für diese Legislaturperiode zu den Akten legen“, fügte die CDU-Vorsitzende hinzu.

Zugleich bekräftigte Merkel zwei zentrale Ziele der Bundesregierung: die Haushaltssanierung und die Senkung der Lohnzusatzkosten. „Mittelfristig muss das Ziel bestehen, ausgeglichene Haushalte zu haben“, sagte Angela Merkel. Im kommenden Jahr gebe es mit voraussichtlich 19,6 Milliarden Euro bereits die geringste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung. Auch ein verfassungsgemäßer Haushalt könne dann wieder vorlegt werden. Aber auch schon in diesem Jahr werde kräftig gespart: Nach fünf Jahren werde Deutschland 2006 wieder die Maastricht-Kriterien erfüllen.

Auch das Ziel, die Lohnzusatzkosten auf unter 40



Bundeskanzlerin Angela Merkel

Foto: dpa

Prozent zu senken, bleibe bestehen. „Wir sind ein Jahr im Amt und fühlen uns diesem Ziel weiter verpflichtet.“ Mehrausgaben in der Arbeitslosenversicherung lehnte Angela Merkel ab. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands verwies dabei auf die dauerhafte Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte auf dann 4,2 Prozent zum ersten Januar 2007.

Merkel unterstrich, die rund ein Jahr im Amt befindliche Große Koalition habe wichtige Reformen angepackt oder bereits verwirklicht. Dazu zählten die Föderalismusreform, die Anpassung des Rentensystems, die Gesundheitsreform oder die Reform der

Erbschaftsteuer. Zudem liegen mittlerweile die Eckpunkte zur Unternehmenssteuerreform vor, die „eine gute Reform werden kann und werden wird“.

Aktuell auf der Internetseite der Bundestagsfraktion unter www.cducsu.de:

■ „Die Gesundheitsreform – Mehr Transparenz, mehr Wettbewerb, mehr Eigenverantwortung, weniger Bürokratie“ (Faltblatt, PDF)

■ „Energie- und Entwicklungspolitik stärker verzahnen“, Positionspapier der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (PDF)



Volker Kauder

Große Koalition bringt Deutschland voran

Die letzte Woche war eine gute Woche für die Große Koalition – vor allem aus der Sicht der Union.

Fünf Botschaften gehen von den Entscheidungen und Ereignissen der letzten Tage aus: ■ Die Haushaltssanierung wird konsequent fortgesetzt. Wir können die Nettokreditaufnahme auf 19,6 Milliarden Euro und damit auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung reduzieren. ■ Die Lohnzusatzkosten werden durch die Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung verringert. ■ Wir werden bereits ab 2007 mit der Steuerfinanzierung der beitragsfreien Mitversicherung von Kindern in der gesetzlichen Krankenversicherung beginnen. ■ Mit der Unternehmenssteuerreform tun wir etwas für den Mittelstand. ■ Die Zahl der neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse steigt um 258000 und die Arbeitslosenquote sinkt unter 10 Prozent.

Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat uns eine gute Nachricht verkündet: Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden fal-



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

len 2006 und 2007 um voraussichtlich 39,5 Milliarden Euro höher aus als erwartet. In diesem Jahr rechnen die Steuerschätzer mit einem Plus für den Gesamtstaat von 19,4 Milliarden Euro, im kommenden Jahr sollen es 20,1 Milliarden Euro sein. Damit werden die Steuereinnahmen so stark ansteigen wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Dieser Kurs muss konsequent fortgesetzt werden:

Erstens werden die Mehrereinnahmen zum größten Teil dafür eingesetzt, die Nettokreditaufnahme noch deutlicher als bislang geplant, nämlich auf unter 20 Milliarden Euro in 2007, zu senken. Dies ist die niedrigste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung. Damit Unternehmen wir einen wichtigen

Schritt in Richtung Sanierung des Bundeshaushalts. Weitere müssen folgen, denn ein konsolidierter Haushalt ist und bleibt eine wichtige Voraussetzung für einen handlungsfähigen Staat und ein sittliches Gebot für die Handlungsfreiheit kommender Generationen.

Zweitens senken wir mit den Mehreinnahmen den Beitrag für die Arbeitslosenversicherung ab 2007 noch stärker ab: nämlich um 2,3 (bisher geplant 2,0) Prozentpunkte auf 4,2 Prozent. Damit werden wir den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich verstärken.

Drittens wollen wir die Spielräume nutzen, bereits ab 2007 mit der Steuerfinanzierung der beitragsfreien Mitversicherung von Kindern in der gesetzlichen Krankenversicherung zu beginnen.

In der Arbeitsgruppe der Großen Koalition haben wir uns auf eine Reform der Unternehmenssteuer verständigt. Die Reform soll am 1. Januar 2008 in Kraft treten. Das zentrale Ziel dieser Reform wird mit den vereinbarten Beschlüssen erreicht: Wir senken die steuerlichen Belastungen für alle Unter-

nehmen – Mittelstand und große Kapitalgesellschaften – auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von unter 30 Prozent. Ein wichtiger Erfolg aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion ist zudem die Tatsache, dass das Problem der Gewinnverlagerung ins Ausland nicht mit Maßnahmen bekämpft wird, die zu einer erheblichen Besteuerung der unternehmerischen Substanz geführt hätten. Die vereinbarten Beschlüsse zur Gegenfinanzierung erlauben eine Nettoentlastung von rund 5 Milliarden Euro und stellen damit sicher, dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht in Frage gestellt wird. Mit der Senkung der Unternehmenssteuern setzt die Union ein wichtiges Anlie-

gen der deutschen Wirtschaft um. Es wird die Unternehmen dazu animieren, zu investieren und ihre Gewinne in Zukunft wieder stärker als bisher in Deutschland zu versteuern und nicht im Ausland.

Mit der Unternehmenssteuerreform wird das Reformkonzept der Großen Koalition – „Sanieren, Reformieren, Investieren“ – konsequent fortgesetzt. Das ist ein großer Erfolg für die unionsgeführte Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Mit Freude haben wir die Arbeitsmarktzahlen der Bundesagentur für Arbeit für den Oktober aufgenommen. Seit Anfang des Jahres sind in Deutschland mehr als 258.000 sozialversicherungs-

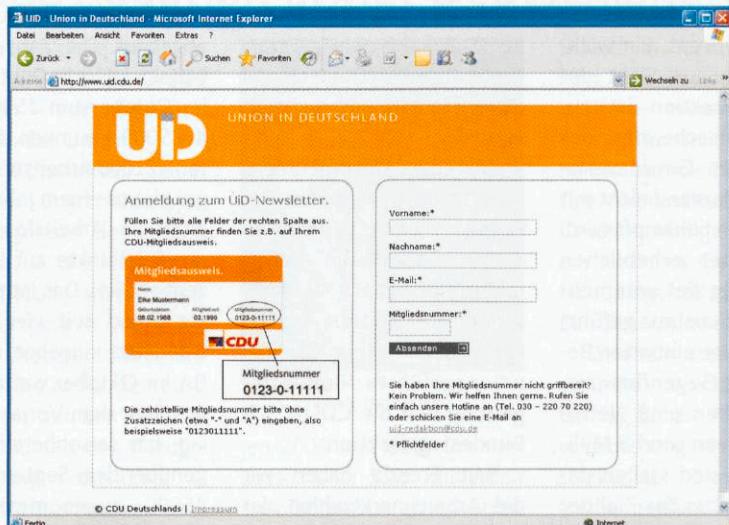
pflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Unter Rot-Grün wurden solche Stellen noch zu Tausenden abgebaut. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland im Oktober um 153000 auf 4085000 gesunken. Das waren 471000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr. Damit ging die Arbeitslosenquote um 0,3 Punkte auf 9,8 Prozent zurück. Das ist der tiefste Stand seit vier Jahren. Das Stellenangebot, das laut BA im Oktober weiter deutlich über dem Vorjahreswert lag, hat saisonbereinigt gegenüber dem September um 45000 zugenommen und weist jetzt 825000 offene Stellen aus. Die Arbeitsmarktzahlen zeigen deutlich, dass es mit Deutschland bergauf geht.

TREFFEN DER VEREINIGUNGEN

Ende Oktober fand in Berlin auf Initiative der Jungen Union ein Treffen der Vorsitzenden und Geschäftsführer aller Vereinigungen und Sonderorganisationen der CDU statt. Unter den Teilnehmern waren neben JU-Chef Philipp Mißfelder u. a. die Vereinigungsvorsitzenden Maria Böhmer (Frauen Union), Josef Schlarbmann (MIT), Karl-Josef Laumann (CDA), Otto Wulff (Senioren Union), Tim Küsters (RCDS), Peter Götz (KPV) und Helmut Sauer (OMV). Auf der Veranstaltung wurde vereinbart, die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigungen und Sonderorganisationen weiter zu intensivieren. Beschluss wurde zudem, sich künftig noch enger zu verzähnen und gemeinsam inhaltlich zu positionieren – etwa beim kommenden CDU-Parteitag in Dresden, auf dem mehrere Vereinigungen einen gemeinsamen Antrag vorlegen werden.



Januar '07 – UiD-Newsletter geht online!



Ab Januar 2007 wird das Dienstleistungsangebot der Bundesgeschäftsstelle um einen UiD-Newsletter erweitert.

Der Newsletter wird wöchentlich bis 14-tägig online erscheinen und durch vier gedruckte UiD-Ausgaben pro Jahr ergänzt. Neben der aktuellen Berichterstattung wird der neue verlinkte UiD-Newsletter neben der Berichterstattung über wichtige CDU-Ereignisse noch mehr Wert auf aktuellste Informationen für die Arbeit vor Ort legen, wie z.B. Argumentationspapiere, Werbematerialien, neue Musterreden, Flugblattvorlagen oder

Musteranzeigen. Durch die vier Print-Ausgaben ist zu gleich gewährleistet, dass Sie auch weiterhin wichtige Dokumentationen (z.B. Bundesparteitags-Anträge und -Beschlüsse, Reden und das Werbemittel-Gesamtangebot, etc.) in gedruckter Form erhalten.

Mit dem UiD-Newsletter schafft die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein zusätzliches modernes Online-Kommunikationsinstrument. Die Berichterstattung wird durch den UiD-Newsletter noch aktueller, da der E-Mail-Versand einfach schneller ist. Mit dem UiD-Newsletter erhalten alle Funktions- und

Mandatsträger der CDU Deutschlands zeitnah einen schnellen Überblick über alle neuen Entwicklungen, Materialien, Argumentationshilfen und Angebote.

Zum Aufbau des Verteilers für den neuen UiD-Newsletter benötigt die CDU-Bundesgeschäftsstelle Ihre aktuelle E-Mail-Adresse. Teilen Sie bitte der Bundesgeschäftsstelle die erforderlichen Daten entweder über die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Postkarte (Gebühr bezahlt Empfänger) oder direkt über die Internetseite www.uid.cdu.de mit.

Ronald Pofalla:

Kein Fortschritt, sondern Rückschritt

In Brüssel ist in Wahrheit kein Fortschrittsbericht, sondern ein Rückschrittsbericht vorgelegt worden. Das Urteil der Europäischen Kommission ist eindeutig: Der Reformprozess in der Türkei hat sich verlangsamt, die Defizite bei der Meinungsfreiheit, der Lage der nichtmuslimischen Minderheiten sowie der Kurdenfrage sind erheblich.

Zudem ist es inakzeptabel, dass die Türkei entgegen ihrer verbindlichen Zusage das Ankara-Protokoll noch nicht implementiert hat. Eine weitere Weigerung der Türkei in dieser Frage muss Konsequenzen für den Verhandlungsprozess haben.

Diese Entwicklung erfüllt uns mit Sorge. Schließlich ist die Türkei ein Freund Deutschlands und ein verlässlicher Partner in der NATO. Wir wollen die europäische Orientierung der Türkei nachdrück-

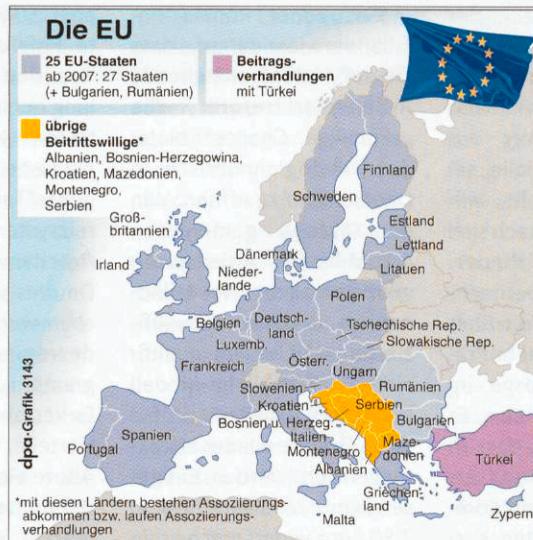


CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla

Wer jetzt schon sagt, die Türkei müsse Mitglied werden, egal was geschehe, der muss sich fragen, was für ein Europa er überhaupt will.

Für die CDU ist klar: Die Europäische Union ist und bleibt eine Wertegemeinschaft. Demokratie, Rechtsstaat, Menschen- und Minderheitenrechte sowie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind unverzichtbar. Und: Für den Beitritt zur EU ist die Erfüllung des Kriteriums der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union genauso wichtig wie die strikte Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer.

Mit der Türkei werden ergebnisoffene Verhandlungen geführt. Die CDU setzt auf eine **Privilegierte Partnerschaft** der Türkei mit der Europäischen Union, da eine **Vollmitgliedschaft** die Integrationskraft der EU überfordern würde.



Otto Wulff im Amt bestätigt

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Otto Wulff, ist auf der Bundestagung der Senioren-Union mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt worden. Wulff, der seit 2002 die mit rund 60000 Mitgliedern stärkste Vereinigung der CDU führt, erhielt 97 Prozent der abgegebenen Delegiertenstimmen.

In seiner Rede sprach sich der Senioren-Chef für eine „selbstbewusste und offensive“ Darstellung „unserer christlichen Wertesordnung“ aus. Dazu gehöre auch, muslimischen Migranten – „woher auch immer sie kommen“ – deutlich zu machen, dass nach den Untaten und dem Unrecht der nationalsozialistischen Diktatur „das Existenzrecht Israels zur deutschen Staatsraison gehört.“ Wer das nicht anerkennen wolle, sei in Deutschland nicht willkommen. Weiter sprach sich Wulff für mehr Kinderfreundlichkeit in Deutschland, mehr Jobs für die über 55-jährigen sowie mehr Prävention und Vorsorge im Gesundheitswesen aus. Er forderte außerdem, dass in der Politik wieder Berufserfahrung, Leistung und Kompetenz zählen müssten. Kar-



Otto Wulff

rieren „vom Hörsaal in den Plenarsaal“ müssten die Ausnahme bleiben, denn „wer selbst nie Steuern und Sozialbeiträge bezahlt hat – wie soll der denn sachgerecht über Steuern und Sozialbeiträge entscheiden?“

Gastredner Ronald Pofalla verwies darauf, dass die im Herbst anstehende Arbeitsmarktreform die „einmalige Chance“ biete, den Niedriglohnbereich in Deutschland zu öffnen. Von den aktuell gemeldeten 4,1 Millionen Arbeitslosen gehörten allein zwei Millionen zu den Geringqualifizierten. Mit einem qualifizierten Kombilohn-Modell könne der Arbeitsmarkt für diese Gruppe wieder attraktiv gemacht werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro widerspreche die-

sem Ziel jedoch, unterstrich der Generalsekretär. Deshalb werde es mit den Stimmen der Union einen solchen Beschluss auch nicht geben.

Mit Blick auf die hohe Langzeitarbeitslosigkeit der über 50-jährigen versicherte Pofalla, dass die Große Koalition dieser Entwicklung entschieden entgegentreten werde. Stattdessen plädierte er für eine „intelligente Tarifpolitik“ mit Anreizsystemen, um Ältere im Arbeitsmarkt zu belassen. Da dies allein nicht ausreichen werde, habe die Bundesregierung das Programm „50 Plus“ initiiert. Es verschaffe Unternehmen Vorteile, wenn sie verstärkt Ältere einstellten. Auch hier seien intelligente Lösungen gefragt.

Hessen

Für ein schlankes Europa

Gegen bürokratische Zwänge und für mehr Spielraum bei landespolitischen Themen setzt sich der Hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Volker Hoff, ein.

Mit seinem 365-Tage-Programm will Hoff in Brüssel für ein „schlankes Europa und ein starkes Hessen“ kämpfen: „Die Europäische Union wird vom Bürger immer mehr als unüberblickbares Bürokratie-Monstrum wahrgenommen, und sie verliert an Akzeptanz, je dichter sie ihr Netz an Regelungen strickt“, erklärte Hoff.

Viel zu häufig erwiesen sich EU-Regelungen für tägliche Abläufe in Wirtschaft und Verwaltung als Hemmnis. „Zustimmung für ein einiges Europa erreicht man aber nicht, indem Entscheidungen über tägliche Lebensinhalte in den Regionen nicht mehr vor Ort, sondern in weit entfernten zentralen Dienststellen europäischer Großbehörden getroffen werden. Denn nicht jedes Problem in Europa ist ein Problem für Europa“, betonte Hoff.

Das Land Hessen habe sich immer für die Europäische Integration einge-



Volker Hoff

setzt, auch deshalb, weil Hessen als wichtige Verkehrsdrehscheibe im Herzen Europas und als bedeutender Finanzdienstleistungsstandort mit Sitz der Europäischen Zentralbank von der wirtschaftlichen Integration Europas in besonderer Weise beeinflusst sei. Hoff: „Mein Ziel ist daher, mit den Möglichkeiten einer Region in Europa zum Gelingen der Europäischen Integration bestmöglich beizutragen. Gleichzeitig kämpfe ich dafür, dass die Interessen Hessens gegenüber den EU-Institutionen gewahrt bleiben und durchgesetzt werden. Das heißt: Weniger ‚Reinregieren‘ und mehr Achtung der föderalen Strukturen zwischen der EU und den Regionen.“

Konkret hat Hoff für die kommenden 365 Tage rund 20 „Hessen-Themen“ ganz besonders im Fokus, an denen die Auswirkungen von EU-Politik sichtbar geworden sind oder werden. Darunter fällt beispielsweise ein verstärkter Einsatz gegen Gesetzesvorschläge der Europäischen Kommission, die die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gegenüber ihrer weltweiten Konkurrenz unnötig beeinträchtigen.

Als Beispiel nannte Hoff unter anderem den geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens, an dem mehr als 100000 neue Arbeitsplätze hingen. „In der Zeit, in der wir über den Ausbau diskutieren, werden in Dubai und Abu Dhabi zwei Flughäfen der gleichen Größenordnung wie Frankfurt gebaut und jeder Tag, den wir später beginnen, freut die Konkurrenz und kostet uns Jobs.“ Im Zuge der Bearbeitung der 20 „Hessen-Themen“ will Hoff in den kommenden 365 Tagen auch prüfen, wo der landespolitische Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren in der EU ansetzen muss und wo stärker ausgeweitet werden sollte.

Handlungsbedarf bei Roaming-Gebühren

Die von der EU-Kommission vorgestellte europaweite Umfrage zu der Höhe von Handy-Auslandsgebühren macht klar, was die Verbraucher in Europa wirklich wollen: Kosten-günstigere Telefongebühren bei Handy-Auslands Gesprächen.

Viele Verbraucher werden nach wie vor von den unnötig hohen Kosten bei der Mobilfunknutzung im Ausland abgeschreckt. Unter den 24500 Befragten sind 70 Prozent über die zu hohen Kosten für Handymobilefonate bei Auslandsurläufen oder Aufenthalten unzufrieden und fordern eine dauerhafte Senkung der Roaming-Gebühren. 68 Prozent der Befragten hoffen zudem auch im Bereich der Kurzmitteilungen auf eine verbraucherfreundliche Politik der EU. Laut Umfrage würden mehr als die Hälfte der Befragten öfter im Ausland zum Handy greifen, wenn die Kosten gesenkt würden. Mit derzeit vier bis sechs Euro für ein vierminütiges Auslandshandygespräch, zum Beispiel nach Deutschland, steht der Preis in keinem Verhältnis zu der Dienstleistung. Hier ist der

Unmut der Verbraucher verständlich.

In dem bereits vorgelegten Verordnungsentwurf der EU ist vorgesehen, dass die Entgelte, die Mobilfunkunternehmen untereinander für Weiterleitungen von Auslandsgesprächen berechnen, klar begrenzt werden. Wichtig ist, dass die Kostensenkung auch beim Kunden ankommt. Dies ist von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf nationaler Ebene gefordert und unterstützt worden.

Für die Union ist zudem wichtig, dass die Kunden bei Vertragsabschluss besser über die Roamingentgelte informiert werden müssen. Nur wenn der Verbraucher die volle Kostentransparenz erhält, kann er sich vor überraschenden Horrorrechnungen, z. B. nach einem Auslandsurlaub, schützen.

Mittlerweile haben mehrere europäische Mobilfunkbetreiber angekündigt, ihre Roaming-Gebühren deutlich zu senken. Das zeigt, dass die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach einer Reduzierung dieser Kosten absolut richtig war.

Das Ergebnis des Eurobarometerberichts unter-



Peter Bleser



Julia Klöckner

streicht jedoch, dass sich seit der Ankündigung der Anbieter, die Preise für Verbindungsgebühren im Ausland zu senken, nicht flächendeckend viel getan hat. Hier besteht weiterhin Handlungsbedarf.

Peter Bleser ist der Vorsitzende der Fraktionsarbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, **Julia Klöckner** ist die Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Effizienter Klimaschutz nur auf Grundlage von Forschungsergebnissen möglich

Deutschlands Einsatz beim Klimaschutz muss auf der Grundlage von Forschungsergebnissen dringend intensiviert werden. Deshalb ist die Erforschung klimatischer Einflussfaktoren weiter voran zu treiben. Klimamodelle sollen die Entwicklungen von

Wetter und Klima zukünftig besser abbilden können.

Unser Wissen über die Zusammenhänge verschiedener klimatischer Einflussfaktoren wie der Zunahme der Siedlungsflächen, der Abholzung der Wälder, der Zunahme der Weltbevölkerung sowie von natürlichen Ereignissen, wie z. B. Vulkanausbrüchen, muss vertieft werden. Angesichts des großen Einflusses des Wasserkreislaufs auf klimatische Prozesse müssen besonders die Kenntnisse in den Bereichen der Meeres- und Klimaforschung sowie der wissenschaftlichen Erforschung des variablen Systems Atmosphäre, das Verständnis des Wasserkreislaufs und der damit einhergehenden Energieflüsse weiter verbessert werden. Ziel ist dabei, Wärmeaustauschprozesse besser zu verstehen, die Senken klimarelevanter Gase zu identifizieren, natürliche Stoffkreisläufe besser zu verstehen und bislang nicht erkannte Einflussgrößen auf die klimatischen Bedingungen zu erkennen und zu quantifizieren.

Im Bundeshaushalt 2006 und 2007 haben wir mit einer spürbaren Erhöhung des Titels „System Erde“ schon ein deutliches Zeichen ge-

setzt. Auch steht den staatlich finanzierten Großforschungseinrichtungen der Grundlagenforschung mit dem Pakt für Forschung ein jährlicher Aufwuchs von 3 Prozent zur Verfügung. Die Mittel müssen auch zur Gewinnung neuer Erkenntnisse in den vielfältigen Bereichen des Klimaschutzes eingesetzt werden. Die klimarelevante Forschung in Deutschland muss sich in allen ihren Bereichen mit den Programmen messen können, wie sie zurzeit in Japan oder den USA durchgeführt werden. Es gilt, die vorhandenen Potenziale im Bereich nicht-kohlendioxid-freisetzender Energiegewinnung zu erkennen und auszuschöpfen.

Auch die bereits bestehenden erfolgreichen Initiativen zum Ausbau eines weltweiten atmosphärischen Beobachtungsnetzes und die wissenschaftlichen Methoden zur Messung der Einflüsse unterschiedlicher Spurengaskonzentrationen auf den Klimazustand sind weiter zu entwickeln. Nur mit verbesserten Meßsystemen und -methoden auf nationaler und internationaler Ebene können hinreichend



Ilse Aigner



Axel E. Fischer

genaue Daten über Temperaturen und Spurengaskonzentrationen in der Atmosphäre gewonnen werden.

Ilse Aigner ist die forschungspolitische Fraktions sprecherin, **Axel E. Fischer** ist der Berichterstatter für Umwelt- und Klimaforschung.

Klimaschutz weltweit konsequent vorantreiben

Der weltweite Klimawandel ist nicht nur eine ökologische sondern auch eine ökonomische und soziale Herausforderung. Der vor kurzem veröffentlichte Stern-Review hat dies ein drucksvoll dargelegt. Wir müssen jetzt handeln und weltweit konsequent den Klimaschutz vorantreiben, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels noch verhindern zu können.

Fest steht, je schneller sich die internationale Staa-



Katherina Reiche

tengemeinschaft auf ambitionierte Klimaschutzziele einigt, desto geringer sind die Kosten, um diese zu erreichen. Die Weltklimakonferenz in Nairobi bietet die Chance, wichtige Weichenstellungen für ein Klimaschutzregime für die Zeit nach 2012 vorzunehmen. Den Industrieländern kommt hierbei eine besondere Verantwortung zu, damit die Schwellen- und Entwicklungsländer in das Klimaschutzregime mit einbezogen werden können.

Künftig bedarf es einer Klima-Doppelstrategie: Zum einen müssen weltweit verbindliche Ziele für den Ausstoß von Treibhausgasen festgelegt werden. Zum anderen muss die Entwicklung und der Einsatz klimaschonender Technologien vorangetrieben werden. Hier stehen insbesondere das Energiesparen, die Steigerung der Energieeffizienz bei der Nut-

zung von Strom und Wärme sowie der Ausbau der erneuerbaren Energien im Mittelpunkt.

Bereits heute sind schon die Auswirkungen des Klimawandels zu beobachten. Deshalb müssen international und national Maßnahmen und Instrumente entwickelt werden, die eine Anpassung an die Folgen des Klimawandels ermöglichen. Wirksame Anpassungsstrategien werden eine immer wichtigere Rolle spielen.

Katherina Reiche ist die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Kommunen entlastet – unionsgeführte Bundesregierung hält Wort

Die Botschaft der Bundesländer-Einigung an die Kommunen Deutschlands lautet: Die unionsgeführte Bundesregierung hält Wort!

Bund und Länder haben sich nach monatelangem Streit auf die Verteilung der Wohnkosten für Hartz-IV-Empfänger geeinigt. Danach beteiligt sich der Bund



H.-P. Friedrich



Peter Götz

im nächsten Jahr mit 4,3 Mrd. Euro oder einem Anteil von 31,8 Prozent an den Unterkunftskosten.

Das ist ein großer Erfolg für die Kommunen. Sie werden tatsächlich um 2,5 Milliarden Euro entlastet und verfügen damit über ausreichend Spielraum, um die im Rahmen des Ausbaus der Kindertagesbetreuung anfallenden Kosten in Höhe von 1,5 Mrd. Euro zu bewältigen.

Das Ziel von CDU und CSU, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, wird damit erfüllt. Die Entlastung der Kommunen durch den Bund sowie die steigenden kommunalen Steuereinnahmen tragen dazu bei, dass die Kommunen ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger erfüllen und wieder in die Infrastruktur des Standorts Deutschland investieren können.

Hans-Peter Friedrich ist Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, **Peter Götz** der kommunalpolitische Fraktionssprecher.

Aufbau Ost große patriotische Leistung

Die Wiedervereinigung war und ist eine große patriotische Leistung. Kein anderes Land auf der Welt hat eine solche Solidarleistung erbracht, um einem anderen Landesteil zu helfen. Das ist gelebte Solidarität unter uns Deutschen, für die uns viele in der Welt bewundern und auf die wir stolz sein können.

Die Förderstrategie „Unternehmen Region“ des Bundesforschungsministeriums hat nachweislich zum Aufbau von Arbeitsplätzen in den Neuen Ländern beigetragen. Allein durch den Förderteil „InnoRegio“ sind bis heute in den Unternehmen 7500 neue Arbeitsplätze entstanden, trotz schwacher Konjunktur. Dank InnoRegio hat es in diesem Zeitraum 143 Gründungen und Ansiedlungen gegeben. Die Exportquote der beteiligten Unternehmen ist um 30 Prozent gestiegen. Der Umsatz sogar um 50 Prozent. Klarer kann eine Erfolgsbilanz nicht ausfallen. Von 1999 bis 2008 wird der Bund insgesamt 570 Millionen Euro für die Innovationsförderung „Unternehmen Region“ bereitgestellt haben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt in



Michael Kretschmer



Klaus Riegert

den kommenden Jahren einen Schwerpunkt auf Innovationen beim Aufbau Ost.

Michael Kretschmer ist der Obmann der AG Bildung und Forschung.

Sport muss auch zukünftig Einsicht in „Birthler-Akten“ haben

Die öffentliche Diskussion um eine Verlängerung der Fristen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und die Veröffentlichung der Studie „Sicherungsvorgang Sport“ durch Privatdozent Dr. Spitzer machen deutlich: Nach 16 Jahren darf kein Schlussstrich unter die Stasi-Akten gezogen werden.

Über 40 Prozent der Akten sind noch nicht aufgearbeitet; in Zitatausenden von Säcken warten noch Schnipsel, die zusammengefügt und ausgewertet werden müssen.

Der Sport steht mit seinen Repräsentanten, seinen

Nationalmannschaften und Trainern im Focus der Öffentlichkeit. Fair play, Vertrauen und Glaubwürdigkeit bilden im Sport einen Wertekanon, ethische Prinzipien gehören

zu den Grundwerten des Sports, die sich der zeitlichen Verjährung entziehen. Deshalb muss der Zugang zu den Stasi-Akten so lange offen bleiben, bis alle Akten ausgewertet sind und Gewähr besteht, dass keine Stasi-Mitarbeiter oder IMs führende Positionen im Sport einnehmen können. Die Gegner einer Fristverlängerung oder einer Einschränkung des Zugangs zu den Akten wollen die Vergangenheit verdrängen; sie dürfen nicht die Zukunft des Sports gestalten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will eine Fristverlängerung und eine Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Es muss die saubere, lückenlose Aufarbeitung der Stasi-Verstrickungen in den Sport gewährleisten, damit die Personen keine führenden Positionen im Sport bekleiden, die ihn missbraucht und ihm nachhaltig geschadet haben.

Klaus Riegert ist der sportpolitische Fraktionsvorsprecher.

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.

Die neuen Wandzeitungen



Das sind die aktuellen Wandzeitungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Alle Kreis-, Stadt- und Ortsverbände können unsere Wandzeitungen als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellen.

Kontaktdaten und Preise finden Sie auf dem Bestellschein „Wandzeitung“ als Faxabruf 030/22070-54820 oder als Download im Mitgliedernetz der CDU unter www.cdunet.de